

dann sind das Sie, Herr Sagel, und die Partei Die Linke; denn Sie wollen alles verstaatlichen, Sie wollen den Menschen das Privateigentum wegnehmen.

Weil Sie der Landesregierung den Vorwurf machen, hier eine Politik – so haben Sie es formuliert – gegen die Ärmsten zu betreiben, und in diesem Zusammenhang das Beispiel der Mahlzeiten an Schulen ansprechen, muss ich einmal in aller Deutlichkeit auf Folgendes hinweisen: In der Zeit, in der Sie eine Landesregierung unterstützt haben – damals, als Sie noch Mitglied der Fraktion und der Partei Bündnis 90/Die Grünen waren –, hat es das überhaupt nicht gegeben.

Sie haben hier weiter die Entwicklung der Verschuldung angeführt. Wie Ihre Wahrnehmung ist, möchte ich Ihnen an einem ganz kurzen Beispiel belegen, und zwar an einem Beispiel aus den Jahren 1995 bis 2000, bei dem man nicht damit argumentieren kann, dass die Steuereinnahmen weggebrochen seien. Damals hatten wir Schulden von 44,141 Milliarden, die auf 80,4 Milliarden in 2000 angestiegen sind. In diesen fünf Jahren, 1995 bis 2000, saßen Sie in diesem Parlament. In diesen fünf Jahren haben Sie jedem Haushalt, den die Landesregierung seinerzeit vorgelegt hatte und den Sie hier im parlamentarischen Verfahren gestaltet haben, zugestimmt.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Da war ich noch nicht im Landtag!)

Sie haben jedes Mal zugestimmt. Damit haben Sie insgesamt 36 Milliarden € an Schulden aufgehäuft, und das bei steigenden Steuereinnahmen.

Ich halte es für eine Unverschämtheit, dass Sie sich heute hierhin stellen und den Haushaltskonsolidierungskurs kritisieren, den wir mühsam beschreiten, um die Scherben zu beseitigen, die Sie angerichtet haben. Das finde ich einfach infam von Ihnen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Meine Damen und Herren, zur ersten Lesung des Haushaltes 2009 liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kann ich die Beratung zu diesem Komplex abschließen.

Ich eröffne dann die Aussprache zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2009 und erteile als erstem Redner Herrn Abgeordneten Jäger von der SPD-Fraktion das Wort.

Ralf Jäger (SPD): Herr Präsident, vielen Dank! Mit Freude nehme ich zur Kenntnis, dass der In-

nenminister just in time zum Gemeindefinanzierungsgesetz, das er heute Vormittag eingebracht hat, an der Plenarrunde teilnimmt. Gestatten Sie mir allerdings noch einmal zwei Feststellungen, nachdem ich den Haushaltsberatungen einige Stunden folgen durfte: Eigentlich ist Nordrhein-Westfalen aus Sicht der Kommunen in einer äußerst günstigen Position: Seit 2006 sind die Steuereinnahmen des Landes um 25 % gestiegen. Eigentlich hätte die Finanzausstattung der Kommunen nach der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen in gleichem Maße steigen müssen. Eigentlich wäre die Ausgangssituation für die Kommunen sehr günstig.

Tatsächlich aber hat der Finanzminister heute einen Landeshaushalt vorgelegt, der in der Summe seit 2006 13,7 Milliarden € mehr Schulden bedeutet. Herr Linssen, dass dieser Haushalt nur neue Schulden in Höhe von 1,67 Milliarden € vorsieht, Sie, jetzt feiern, dass die Neuverschuldung um 100 Millionen € geringer ausfällt als ursprünglich geplant, und sich jetzt als Konsolidierer aufspielen, ist relativ feist. Sie mögen das Wort „Konsolidierer“ schreiben und fehlerfrei aussprechen können, aber von wirklichem Konsolidieren sind Sie sehr weit entfernt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wichtig zu wissen: Wenn man es überhaupt als einen Konsolidierungserfolgerfolg bezeichnen kann, weniger Schulden als ursprünglich geplant gemacht zu haben, dann nur deshalb, weil Sie, Herr Linssen und Herr Wolf, einen wirklich infamen Griff in die kommunalen Kassen getan haben: In den Jahren 2006, 2007 und 2008 haben Sie den Kommunen ihnen zustehende Mittel in einer Größenordnung von 1,8 Milliarden € entzogen. Sie haben den Kommunen, die es bitter nötig hätten, diese Mittel sozusagen, geraubt.

Herr Krautscheid, ich weiß nicht, was Sie ständig zu schwätzen haben, aber vom Haushalt haben Sie gar keine Ahnung.

(Widerspruch von Minister Krautscheid)

– Dann sollten Sie Ihre Selbstgespräche vielleicht etwas reduzieren. Das stört ein bisschen.

(Beifall von der SPD)

Herr Präsident, vielleicht können Sie einmal im Klassenbuch vermerken, dass der Herr Krautscheid wieder ungefragt schwätzt.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, es gibt hier kein Klassenbuch. „Geschwätzt“ wird hier auch nicht. Bleiben Sie bitte am Thema.

(Zuruf von Minister Dr. Ingo Wolf)

– Ich habe gerade etwas dazu gesagt, Herr Innenminister. Ich brauche nicht Ihren Kommentar dazu.

(Unruhe – Ralf Jäger [SPD]: Herr Präsident, dürfte ich dann jetzt wieder?)

– Jetzt ist aber gut hier! Beruhigen Sie sich wieder. Und jetzt macht Herr Jäger für die SPD-Fraktion weiter. Bitte schön.

Ralf Jäger (SPD): Ich danke Ihnen, Herr Präsident! Die Kassenkredite der nordrhein-westfälischen Kommune, also das, was im privaten Haushalt üblicherweise der Dispositionskredit ist, sind auf mittlerweile 13,7 Milliarden € gestiegen, und zwar allein seit Juli 2007 um weitere 1,2 Milliarden €.

Auch wenn es jetzt vielleicht letztendlich einen leichten Rückgang gibt, ist das ausschließlich auf die konjunkturelle Situation zurückzuführen und täuscht nicht darüber hinweg, dass die Kommunen eine mangelnde Finanzausstattung haben und viele faktisch pleite sind.

Das kann man am besten daran festmachen, dass sich 190 Kommunen Ende 2007 im Haushaltssicherungskonzept befanden; 113 Kommunen im Nothaushalt. Wenn der Innenminister hier darstellt, dass deren Zahl gesunken sei, liegt das schlichtweg daran, dass die Buchführung in den Kommunen verändert worden ist, nicht aber daran, dass sie sich konsolidiert haben.

Herr Wolf, das was Sie hier vorgetragen haben, finde ich wirklich dreist. Tatsache ist, dass die Kommunen vom Land Schlüsselzuweisungen in Höhe von 7,7325 Milliarden € erhalten. Das sind – man kann es zu Recht sagen – knapp 160 Millionen € mehr als im letzten Jahr. Herr Innenminister, einerseits geben Sie den Kommunen zwar 160 Millionen € mehr, im gleichen Atemzug verschweigen Sie aber, dass Sie ihnen alleine bei der Grunderwerbsteuer 180 Millionen € klauen. Bei der Krankenhausfinanzierung sind es 94 Millionen €, 27 Millionen € bei den Schülerfahrtkosten sowie 85 Millionen € bei den Elternbeiträgen für die Kindergärten. Herr Innenminister, seit dem Jahr 2006 haben Sie den Kommunen damit insgesamt 1,8 Milliarden € aus den Kassen geklaut. Darüber kann man nicht jubeln, Herr Wolf, sondern man sollte vor Scham im Boden versinken.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Wolf, Sie sprechen von 23 % der Verbundmasse. Die Kommunen haben im Jahr 2005 20 %

aller Steuereinnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen erhalten; in diesem Jahr sind es nur noch knapp über 17 %, Herr Wolf. Auch diese Zahl, die Sie vorgetragen haben, war schlichtweg falsch.

Herr Wolf, angesichts der finanziellen Situation der Kommunen fand ich Ihren Vortrag heute Vormittag äußerst zynisch. Sie haben ein völlig anderes Bild gezeichnet. Sie haben weichgespült und mit Zahlen jongliert. Sie haben zwar auf der einen Seite Zahlen genannt, wie viel Mittel Sie den Kommunen mehr geben, auf der anderen Seite haben Sie verschwiegen, welchen deutlich höheren Betrag Sie den Kommunen an anderer Stelle wegnehmen. Das ist und bleibt – ich wiederhole es – die kommunalfeindlichste Landesregierung seit Bestehen des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Herr Lux, ich bin gespannt, ob Sie heute wieder diesen selbstgefälligen Kniefall vor diesem Innenminister machen, der alles tut, nur nicht die Kommunen in Nordrhein-Westfalen unterstützt.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Es sind ja nicht mehr viele da, die einen Kniefall machen könnten!)

Ich habe im Übrigen den Eindruck: Wenn man den Innenminister und sein Wirken beobachtet, der sich zwischen Klagenfurt, Wien und Peking um die Pflege des deutschen Hockeysports kümmert, ist das eigentlich eine heimliche Bewerbung um die Nachfolge von Michael Vesper, aber er tut nicht seine Arbeit, sich nämlich um die Belange der nordrhein-westfälischen Kommune zu kümmern, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Neben der rein fiskalischen Betrachtungsweise: In Münster liegen drei Verfassungsklagen von Kommunen vor, die ihr Recht auf Konnexität aus der Landesverfassung einfordern und die überzogene Heranziehung bei der Finanzierung des Aufbaus Ost und die Übertragung von Aufgaben ohne das notwendige Geld in der Versorgungsverwaltung und der Umweltverwaltung bemängeln.

Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen sind 2006 zu Bittstellern des Landes geworden, sie sind keine Partner mehr, werden nicht mehr auf gleicher Augenhöhe respektiert. Herr Wolf, Sie gehen mit den verfassungsgemäßen Rechten der Kommunen in Nordrhein-Westfalen um, als würde es sich um die Satzung eines Kleingartenvereins handeln.

Mehr noch: Ich kann mir vorstellen, dass sich der Landtag – wenn die drei Verfahren in Münster abgeschlossen sind und man die hinzuzählt, die Sie in Münster schon verloren haben, Herr Wolf – überlegen sollte, ob es wegen der vielen Verfassungsklagen, die in Münster anhängig sind, aus Kostengründen nicht sicherer und besser wäre, einen ständigen Verfassungsausschuss einzurichten.

(Beifall von SPD und Horst Becker [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, die Kommunen in Nordrhein-Westfalen werden von dieser Landesregierung alleine gelassen. Sie werden hemmungslos ausgeplündert, weil das Land selber nicht in der Lage ist, sich zu konsolidieren. Anders als Sie es vor der Landtagswahl angekündigt haben, haben Sie, meine Damen und Herren, keine Kraft, um eine tatsächliche Kommunalreform zu betreiben. Sie haben noch nicht einmal die Kraft, die sprudelnden Steuereinnahmen gerecht an die Kommunen weiterzugeben. Sie haben Ihre Versprechen gebrochen und sind an Ihren eigenen Ankündigungen gescheitert, Herr Lux. Die Kommunen sind letztendlich die Verlierer Ihrer Politik. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Jäger. – Für die CDU-Fraktion erhält der Abgeordnete Lux das Wort.

Rainer Lux (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst, auch als Kontrast zum wieder einmal total verunglückten Beitrag von Herrn Jäger, zu Beginn meiner Ausführungen zum Entwurf des GFG 2009 dem Finanzminister Helmut Linsen und dem Innenminister Ingo Wolf Dank und Anerkennung für diesen Gesetzentwurf aussprechen.

(Sören Link [SPD]: Das haben wir schon richtig vermisst!)

Denn im Gegensatz zu dieser billigen Polemik und der persönlichen Beleidigung, Herr Jäger, die Kern Ihres Beitrags waren, müssen wir uns doch hier vor Augen führen, dass dieser Entwurf des GFG in gelungener Kontinuität zu den vergangenen Gemeindefinanzierungsgesetzen steht.

Das Land erweist sich einmal mehr als seriöser und verlässlicher Partner der Kommunen, weil die Modalitäten des GFG 2009 im Wesentlichen die der vergangenen Jahre sind. Nach wie vor können sich die Kommunen auf die Zahlen des GFG

verlassen, weil durch die von uns vorgenommene Einführung des Referenzzeitraums jede Kommune bei Verabschiedung des GFG hier im Landtag auf Heller und Pfennig oder auf Euro und Cent weiß, in welcher Höhe ihr im kommenden Jahr Mittel aus dem GFG zufließen.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Die furchtbaren Zustände mit Kreditierung und Rückforderung, Herr Becker, mit politisch gesteuerten Verunsicherungen der Kommunen zur Zeit der rot-grünen Landesregierung sind endgültig vorbei, was alle Kommunen sehr zu schätzen wissen.

Die Mittel, die dieses GFG an die Kommunen ausschüttet – der Finanzminister und der Innenminister haben bereits darauf hingewiesen –, steigen nochmals gegenüber dem Vorjahr um 160 Millionen € auf jetzt ungefähr 7,7 Milliarden €, nachdem bereits im vergangenen GFG eine Steigerung von 650 Millionen € gegenüber dem Jahr 2007 möglich war.

Es muss noch einmal deutlich unterstrichen werden: 2007, 2008, 2009 – kontinuierlich konnten den Kommunen Jahr für Jahr höhere Mittel aus den Gemeinschaftssteuern zur Verfügung gestellt werden. Ehe Sie einmal mehr Ihr Lamento vom angeblichen Raubzug anstimmen – Herr Jäger hat es eben schon wieder versucht –, sollten Sie das mit den unsicheren, weil viel zu hoch angesetzten 6,7 Milliarden € vergleichen, die Sie, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, im letzten von Ihnen zu verantwortenden GFG 2005 den Kommunen vorläufig zur Verfügung gestellt haben.

Lassen Sie mich hier einmal einen Einschub machen und einen Ball aufnehmen, den die Kollegen Helmut Stahl und Dr. Papke eben gespielt haben, als sie aufgezeigt haben, wie konzeptlos SPD und Grüne den drängenden Haushaltsfragen gegenüberstehen.

Schier unendlichen Katalogen von Mehrforderungen auf ungedeckte Haushaltsausweitung stehen geradezu lächerliche Einsparvorschläge gegenüber, die in einem derartigen Missverhältnis stehen, dass man nun wirklich feststellen muss, dass Ihnen jedes Mindestmaß an Seriosität fehlt.

Auch beim GFG setzen Sie dieses unmäßige Meckern, dieses unseriöse Gebaren fort.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Denn Herr Becker von den Grünen hat beim letzten GFG vorgerechnet – ich habe das eben noch einmal nachgelesen, Herr Becker; es gab auch

keinen Widerspruch von der SPD, Herr Körfges –, dass den Kommunen 1,1 Milliarden € vorenthalten würden.

(Horst Becker [GRÜNE]: Moment, ich muss mal nachrechnen! – Hans-Willi Körfges [SPD]: 1,8 Milliarden €)

Der Ministerpräsident hat gerade in seinem bemerkenswerten Beitrag noch einmal darauf hingewiesen, wie seriös die SPD mit ihren Forderungen umgeht,

(Ralf Jäger [SPD]: Sie müssen nicht alles glauben!)

als er aufgezeigt hat, welche Änderungsvorschläge von der SPD – von den Herren Jäger und Körfges, die sich hier immer als die großen Anwälte der Kommunen aufspielen,

(Ralf Jäger [SPD]: Sonst tut ja keiner was!)

oder auch von den Grünen – zu dieser Summe vorgebracht worden sind. Nicht ein einziger Punkt dieser Kritik ist aufgegriffen und haushaltsmäßig beantragt worden.

(Horst Becker [GRÜNE]: Stimmt nicht!)

Das ist Ihre Rolle: Sie beschränken sich darauf, Herr Jäger, zu meckern, zu beleidigen, zu verunsichern, aber Alternativen – da stimmen Sie mit Ihrer Fraktionsvorsitzenden überein – sind von Ihnen natürlich nicht zu erwarten.

(Beifall von der CDU)

Ich sage Ihnen auch als Vorsitzender einer kommunalen Ratsfraktion und Vorsitzender des Finanz- und Personalausschusses meiner Heimatstadt Bielefeld: Ich kann sehr gut mit vielen Ihrer Forderungen leben

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

– die kann ich unterstützen; das können auch viele vor Ort, die Sie immer zitieren –, aber Sie wissen doch ganz genau, dass kein einziger Kommunalpolitiker vor Ort, kein einziger Verantwortlicher in einer Verwaltung auch nur annähernd glaubt, dass Sie das, was Sie als Kritik hier vorbringen, tatsächlich in konkrete Politik umsetzen würden. Dazu haben die viel zu lange Erfahrung mit zehn Jahren Rot-Grün bzw. 39 Jahren Regierungszeit unter Führung der SPD.

(Beifall von der CDU)

Die wissen ganz genau, wie schlecht sie mit Ihnen gefahren sind. Deswegen können Sie Kritik üben wie Sie wollen – das ist richtig –, aber glauben Sie

bloß nicht, dass irgendeiner vor Ort Ihren Reden nur ein bisschen Glauben schenken würde.

Lassen Sie mich fortfahren! In diesem Haushalt, in diesem GFG setzt sich fort, was wir den Leuten versprochen haben. Wir haben ihnen gesagt: Wir geben euch eure Städte zurück. Ihr könnt mit den Mitteln aus dem GFG weitestgehend tun, was ihr wollt. Wir sind zuverlässig geblieben. 86 % der Mittel, die den Kommunen zur Verfügung stehen, sind völlig frei verfügbar. Das sind Werte, von denen Sie in Ihrer Zeit natürlich nur geträumt haben. Jeder kennt noch die furchtbaren Zeiten der Kreditierung und der „Goldenen Zügel“, als die Landesregierung massiv Einfluss darauf nahm, wie die Kommunen mit ihren Mitteln umzugehen hatten. Auch das steht für Kontinuität und dafür, dass wir das tun, was wir den Leuten versprochen haben.

Herr Jäger, Sie sollten, wenn Sie sich schon auf dünnes Eis begeben, ein ganz klein wenig bei der Wahrheit bleiben.

(Zuruf von der CDU: Das fällt ihm schwer!)

Es gibt nirgendwo einen verfassungsrechtlich garantierten Anspruch auf 23 %. Sie halten diese Mär immer hoch.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Haben Sie denn total vergessen, dass dieser Satz von 23 % zu Zeiten der SPD-Regierung mal von 28 auf 23 % abgesenkt worden ist? Die 23 % gibt es im Rahmen der Möglichkeiten des Landeshaushalts.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Sie sollten nicht so tun, als wäre das eine Größe, die verfassungsrechtlich festgeschrieben ist.

Gerade aus dem Grund – das sage ich zum Schluss meiner Ausführungen sehr deutlich; wir werden in den nächsten Monaten ja spannende Debatten haben – möchte ich hier dem Finanzminister und dem Innenminister meinen Respekt aussprechen,

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

die mit diesem Haushaltsentwurf für die Gemeinden einen verlässlichen und guten Beitrag geleistet haben. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Lux. – Für die FDP erhält zum GFG 2009 jetzt der Abgeordnete Engel das Wort.

Horst Engel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der positive Trend der Vorjahre hält an. Das Volumen des Steuerverbundes vergrößert sich im dritten Jahr in Folge. 2009 stehen den Kommunen über 7,7 Milliarden € verteilbare Finanzausgleichsmasse zur Verfügung. Sie erhalten fast 160 Millionen € mehr als 2007.

Die eingeleiteten strukturellen Veränderungen im Steuerverbund werden im kommenden Jahr fortgeschrieben. Das bedeutet, dass der Verbundsatz nach wie vor bei 23 % verbleibt. Das haben wir schon gehört. Mit 6,7 Milliarden € werden rund 86,7 % der verteilbaren Finanzausgleichsmasse im Steuerverbund konsumtiv bereitgestellt, ohne Befrachtungen, so wie sie bis 2005 Usus waren, wie Kollege Lux es eben angedeutet hatte.

Der größte Anteil hiervon wird den Kommunen in Form von Schlüsselzuweisungen zur Verfügung gestellt. Das heißt, ein Großteil der verteilbaren Finanzausgleichsmasse fließt direkt in die Verwaltungshaushalte mit hohen Ausgabeposten für soziale Leistungen oder für das Personal einschließlich der Mehrkosten durch den Tarifabschluss vom März dieses Jahres.

Auch die im vergangenen Jahr zur Bildungspauschale fortentwickelte Schulpauschale bleibt mit 540 Millionen € ebenso unverändert wie die Sportpauschale mit einem Etatansatz von 50 Millionen €.

Erfreulicherweise wachsen im kommenden Jahr die Zuweisungen in Form von Investitionspauschalen, zum Beispiel für Sozialhilfeträger oder für Eingliederungshilfe, um 4,7 % auf insgesamt über eine halbe Milliarde Euro auf. Mehr Geld für kommunale Investitionen!

Das entspricht auch meiner kommunalpolitischen Linie, der kommunalpolitischen Linie unserer Landtagsfraktion.

Wir konnten im Frühjahr aus der Umfrage des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen lesen, dass sich die Finanzlage der Städte und Gemeinden gegenüber dem Vorjahr insgesamt entspannt hat. Die sinkende Zahl der Kommunen im Haushaltssicherungskonzept und der im Nothaushalt bestätigt diese positive Entwicklung. Zurzeit können 129 Kommunen ihren Haushalt nicht ausgleichen. 73 Kommunen befinden sich im Nothaushalt. Im Vergleich zu 2005, dem Jahr der Regierungsübernahme, haben inzwischen 68 Kommunen zusätzlich den Weg zum Haushaltsausgleich geschafft. Das ist erfreulich.

Dabei spielt natürlich die Umstellung auf das NKF mit erweiterten Möglichkeiten zum Haushaltsausgleich gegenüber dem kameralen System genauso eine Rolle wie die positive wirtschaftliche Entwicklung in den Kommunen. Hierzu hat unsere Regierung einen wichtigen Beitrag geleistet. Die Arbeit trägt Früchte. So ist der Juli-Ausgabe der Zeitschrift des Landkreistages zu entnehmen, dass Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr deutschlandweit zu den drei Ländern mit der stärksten Senkung des Hebesatzes der Kreisumlage gehört. Er soll sich um einen Wert von 4,9 %, also fast 5 %, vermindert haben. Der Kurs stimmt.

Der von 2003 bis 2006 fast verdoppelte und somit rasante Anstieg der Kassenkredite von 6,8 Milliarden € auf 12,5 Milliarden € hat sich bis Ende 2007 auf 13,7 Milliarden € verlangsamt. Erstmals ist nach neuesten Erkenntnissen der Umfang der Kassenkredite sogar leicht rückläufig. Betrugen die Kassenkredite zum Jahresende noch 13,7 Milliarden €, so sind es Ende des I. Quartals 2008 13,6 Milliarden € gewesen. Ich hoffe, das ist ein Zeichen für die Trendumkehr.

Ein Kassenkreditstand – nach Behauptung der Grünen – von 13,8 Milliarden € ist daher genauso abwegig wie die Vorwürfe, dass der Innenminister als oberste Kommunalaufsicht die Kommunen in einen Teufelskreis aus nicht bezahlbaren Schulden treibt. Zunächst sind die Kommunen für ihren Haushalt selbst verantwortlich. Ein Eingreifen der Kommunalaufsicht in kommunale Haushalte ist und bleibt die Ausnahme und ist letztlich mit dem Ziehen einer Reißleine zu vergleichen.

Allerdings ist es noch ein langer Weg bis zur flächendeckenden Gesundung unserer 427 Kommunen. Das verdeutlicht die hohe Gesamtverschuldung inklusive der Schulden ausgelagerter Betriebe mit 4.236 € je Einwohner, wie der Kommunale Schuldenreport 2008 der Bertelsmann Stiftung feststellt. Hierzu tragen die in der Vergangenheit unter Rot-Grün aufgebauten Altlasten bei, deren Sanierung – darüber haben wir heute den ganzen Tag schon gesprochen – weiter einer Herkulesaufgabe gleicht.

Die Kommunen sind dringend auf sichere kommunale Einnahmequellen angewiesen. Es ist deshalb bedauerlich, dass die zweite Stufe der Föderalismusreform bisher nicht zu einer Lösung für eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Land und Kommunen geführt hat. Das Nachsehen haben hierbei die Kommunen und ihre Bürger.

Gestatten Sie mir deshalb auch hier erneut den Hinweis, dass wir Liberale seit Jahren für eine

Gemeindefinanzreform mit Abschaffung der unkalkulierbaren und konjunkturabhängigen Gewerbesteuer durch Ersatz einer kommunaleigenen, und zwar dem Wettbewerb der Kommunen untereinander ausgesetzten Steuer kämpfen.

Darüber hinaus möchte ich auf den Koalitionsantrag „Benachteiligung von NRW-Kommunen abbauen – mehr Verteilungsgerechtigkeit beim Solidarpakt Ost“ vom 12. September 2006 hinweisen. Im Rahmen des Antrags haben wir die Landesregierung beauftragt, dem Anliegen der nordrhein-westfälischen Kommunen Rechnung zu tragen, sich dafür einzusetzen, dass die bisher für das Jahr 2010 vorgesehene Evaluation der erhöhten Gewerbesteuerumlage so weit wie möglich vorgezogen wird und dass in diesem Zusammenhang mit dem Bund und den Ländern auf eine größere Verteilungsgerechtigkeit zugunsten der Kommunen im Westen hinzuwirken ist. Leider fehlen hierzu noch die Verbündeten in den Ländern.

Zum Schluss meiner Anmerkungen noch einige Hinweise zum GFG 2009 und dem seit Juni vorliegenden Gutachten des ifo-Instituts über die Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs: Das umfangreiche Gutachten enthält ausführliche Empfehlungen für eine Neugestaltung des kommunalen Finanzausgleichs. Allein für die Weiterentwicklung des Schlüsselzuweisungssystems werden 15 Empfehlungen ausgesprochen. Daran kann man die Komplexität des Gutachtens erkennen. Es wäre deshalb falsch gewesen, einige Empfehlungen ohne Vorberatung und Anhörung der Betroffenen und des Landtags schon jetzt in das GFG 2009 einzuarbeiten.

Ich möchte hier gern die Gelegenheit ergreifen, mich beim Innenminister dafür zu bedanken, dass der notwendige Diskussionsprozess im Rahmen einer Kommissionsarbeit unter Einbindung der kommunalen Spitzenverbände und der Landtagsfraktionen nun beginnen soll. Wir sprachen in der letzten Ausschusssitzung bereits darüber.

In den Dank für diesen Gesetzentwurf schließe ich auch Finanzminister Linssen und Innenminister Wolf ein. Mehr Geld für die Kommunen 2009 – das ist eine gute Botschaft! – Ich danke Ihnen.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Engel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt der Abgeordnete Becker.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer wieder

eindrucksvoll, wenn Herr Lux die Verlässlichkeit beschwört und Herr Engel das liberale Credo vorträgt. Führt man sich dann aber die Wirklichkeit vor Augen, wie man sie aus den kommunalen Spitzenverbänden und aus den Klagen von Landräten, Bürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern kennt, finde ich es ausgesprochen schwierig, diese Erfahrungen aus der kommunalen Praxis mit Ihren Ausführungen in Einklang zu bringen. Das ist nur zu verstehen, indem man sagt: Sie färben sich die Wirklichkeit, aber Sie haben damit, wie sie sich in den Kommunen abspielt, immer weniger zu tun.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, wer heute Morgen die Debatte aufmerksam verfolgt hat – die Kollegin Löhrmann hat das an anderer Stelle schon erwähnt –, konnte die Vorboten für die Erklärungen der nächsten Jahre wahrnehmen, warum sich der Haushalt und die Zuweisungen für die Kommunen verschlechtern werden.

Der Kollege Lux hat heute gesagt: Die Zuweisungen in Höhe von 23 % seien nicht gottgegeben, und sie stünden in keinem Gesetz; aber das hat auch niemand behauptet.

(Rainer Lux [CDU]: Doch!)

– Niemand hat behauptet, dass Sie gottgegeben seien. – Vor diesem Hintergrund muss man sich fragen, warum Sie das heute betonen; selbstverständlich habe ich einen Eindruck davon, warum Sie das tun. Ich habe Ihnen im letzten Jahr vorhergesagt, wie Sie auf der Strecke arbeiten. Sie arbeiten ganz offensichtlich so, dass Sie an verschiedenen Stellen mit Verzögerungen wie zum Beispiel beim ifo-Gutachten – darauf gehe ich gleich noch ein – über das Kommunalwahljahr 2009 kommen wollen. Danach verschlimmert sich erst recht die schon jetzt angebrochene schlechte Zeit für die Kommunen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Oh!)

– Da können Sie abwinken, wie Sie wollen: Das ist Ihre Strategie.

Selbstverständlich verzögern Sie unter anderem die Umsetzung des ifo-Gutachtens deswegen, weil Sie auf der einen Seite den ländlichen Kommunen versprochen haben, für sie mehr im GFG herauszuholen, und weil Sie auf der anderen Seite selbstverständlich das Problem mit den großen Städten haben. Dieses Problem wollen Sie nicht vor der Kommunalwahl 2009 lösen, sondern Sie wollen es aussitzen.

Sie wollen 2009 an der kommunalpolitischen Front noch ein bisschen Ruhe haben, um im Jahr 2010 bei einer sich offensichtlich abzeichnenden schwächeren Konjunktur wieder einmal zulasten der Kommunen zuzuschlagen.

Herr Innenminister – Herr Finanzminister ist leider nicht mehr anwesend –, darauf möchte ich noch eingehen. Wenn Herr Lux vorträgt, es gäbe keine Belastung der Kommunen in Höhe von 1,1 Milliarden €, ist das natürlich wieder einmal bewusst und vorsätzlich oberflächlich. Denn es gibt sie selbstverständlich strukturell, weil wir sowohl die entgangenen Einnahmen, die sie nach den alten GFG-Methodiken von Rot-Grün bekommen hätten, als auch die zusätzlichen Belastungen berücksichtigen müssen.

Wer die zusätzlichen Belastungen nicht sehen will, hat die Wirklichkeit nicht wahrgenommen oder ein Stück weit verpasst. Denn ich frage Sie umgekehrt: Warum klagen denn Kommunen gegen die Mehrbelastungen zum Beispiel aus der Verwaltungsstrukturreform? Warum klagen denn Kommunen gegen die Mehrbelastungen aufgrund Ihrer Strukturreform im Umweltbereich?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das sind keine wild gewordenen schwarzen Handfeger, sondern das sind Ihre Parteifreundinnen und Ihre Parteifreunde, die Ihnen durch die Bank unisono vorwerfen, Sie hätten sich zulasten der Kommunen einen schlanken Fuß gemacht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch einige Hinweise, wie das mit der Wirklichkeit ist, Herr Lux und Herr Wolf. Die Wirklichkeit sieht so aus, dass die Bertelsmann-Studie, die Anfang Juli vorgestellt worden ist, den Kommunen in NRW nach den Kommunen im Saarland und im Schlusslicht Mecklenburg-Vorpommern die bundesweit höchste Pro-Kopf-Verschuldung bescheinigt hat.

Herr Engel, völlig unerheblich ist, ob meine Zahl 13,8 Milliarden € stimmt – das glaube ich – oder ob Ihre Zahl 13,6 Milliarden € stimmt – das glaube ich nicht. Bildlich gesprochen schenke ich Ihnen 0,2 Milliarden €. Aber Tatsache ist: In den letzten drei Jahren hat sich dieser Betrag unter Ihrer Ägide von 10,0 auf 13,6 bzw. 13,8 Milliarden € erhöht. Das ist Ihre Politik!

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Bodo Löttgen [CDU]: Das ist Schwachsinn!)

Meine Damen und Herren, das ist eine Politik in Zeiten glänzender Steuereinnahmen, derer Sie

sich in den letzten zwei Jahren gerühmt haben! Sie haben unisono und quer durch die Bank so getan, als hätten die etwas mit dem leuchtenden Erscheinen Ihrer Mehrheit in diesem Haus zu tun.

Wenn man Sie heute hört, fangen Sie an, vorsichtig von Konjunkturdämpfung zu reden: Man müsse noch einmal schauen. Die 23 % seien nicht gottgegeben. Im nächsten Jahr könnten wir, wenn die Wahlen vorbei sind, nachschauen, ob wir das nachjustieren müssten. – Damit bauen Sie für die Zeiten des konjunkturellen Abschwungs vor, von denen wir wissen, dass sie kommen. Auch dabei werden Sie die Kommunen wieder im Stich lassen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, aber auch an anderen Stellen, etwa bei den Einheitslasten – ich habe das Stichwort eben genannt –, arbeiten Sie nach dieser Methodik. Die Methodik „Lenk-Gutachten“ ist äußerst fragwürdig. Sie geben ein Gutachten in Auftrag, nachdem Sie einen Prozess vor dem VGH verloren haben, bei dem Sie im Sachvortrag bereits darauf abgehoben haben, dass Sie den Kommunen zusätzliche Lasten deswegen aufbürden könnten, weil Ihnen durch den bundesweiten Finanzausgleich zusätzliche Zuweisungen auf der Bundesebene entgangen seien, seitdem es die Einheit gibt.

Mit dieser Argumentation sind Sie vor dem Gericht faktisch gescheitert. Sie scheuen Sie nicht, über das Lenk-Gutachten genau diese Argumentation durch die Hintertür wieder einzuführen. Sie wissen ganz genau, dass die Kommunen das nicht wollen.

(Zuruf von Volkmar Klein [CDU])

Keine Frage ist, wie Sie vorgehen. Sie haben die 650 Millionen € immerhin zahlen müssen; Sie haben Sie nicht freiwillig gezahlt – auch wenn Sie das immer behaupten. Hinter den Kulissen höre ich, dass den Kommunen signalisiert wird, wenn sie das bis zur Wahl so ließen, dürften sie die 650 Millionen € behalten. Ansonsten würde man versuchen, sie den Kommunen wegzunehmen.

Man wird sehen, ob der Druck vor der Kommunalwahl so hoch ist, dass man sich parteipolitisch ein Stück weit in Ihren Reihen einigt – noch haben Sie in vielen Kommunen die Mehrheit –,

(Volkmar Klein [CDU]: Keine Sorge, das bleibt auch so!)

oder ob sich die bestehende Not in vielen Kommunen durchsetzt. Ich bin der Auffassung: Ganz so einfach, wie Sie es im Moment versuchen,

werden Sie es nicht haben. Wir werden Ende September, wenn das Gesetz für das Jahr 2006 einzubringen ist, sehen, wie Sie vorgehen wollen.

Herr Lux, Herr Wolf und Herr Engels, ich behaupte, das alles hat mit kommunaler Verlässlichkeit so wenig zu tun wie eine ausführliche und ordentliche Sachdebatte mit der Einbringungsrede des Innenministers, der vier Minuten zur Lage der Kommunen gesprochen hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Genauso wenig hat das miteinander zu tun: nämlich nichts. – Das passt in den Kontext Ihres Vorgehens der letzten drei Jahre. Es war nicht nur ein Vorgehen gegen die Kommunen im Zusammenhang mit den Finanzen. Es war selbstverständlich auch ein Vorgehen gegen die Kommunen im Zusammenhang mit § 107. In der von Ihnen verabschiedeten Form schadet er den Kommunen. Daran muss an der Stelle noch einmal erinnert werden. Es ist auch ein Vorgehen gegen die kommunale Demokratie als Raubzug von Schwarz-Gelb: Der eine trennt die Wahlen, weil er es gerne so will. Der andere streicht die Stichwahlen, weil er dies so will. – So wie mit kommunaler Demokratie gehen Sie mit kommunalen Finanzen um.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal darauf hinweisen, mit welchen kleinen und feinen Tricks Sie arbeiten, wenn Sie sagen, alles sei so wie im letzten Jahr. Ich habe Ihnen eben gesagt, wie es mit dem Lenk-Gutachten aussieht. Ich sage Ihnen, wie Sie an der Stelle arbeiten: Sie verändern den Text für die Einheitslasten. – Sie tun dies aus der Perspektive, die ich Ihnen eben vorgehalten habe. Nach den Kommunalwahlen wollen Sie entsprechende Schweinereien begehen.

In der neuen Formulierung der Definition heißt es in § 2, bei der Ermittlung der Finanzausgleichsmasse wird nicht mehr das ermittelte gesamte Aufkommen der Gemeinschaftssteuern – bereinigt um die Einnahmen und Ausgaben des Landes – im Länderfinanzausgleich zugrunde gelegt, sondern es wird auf die sogenannten finanziellen Belastungen des Landes aus der deutschen Einheit abgestellt. Das bedeutet, Sie bereiten den Betrug von morgen im Text vor, behaupten aber, Sie wollten ein verlässlicher Partner der Kommunen sein.

Zusammengefasst kann man nur sagen, Sie haben in Zeiten, in denen es dem Land von den Steuereinnahmen her glänzend gegangen ist und noch eine kurze Weile gehen wird, den Kommunen ihren Anteil vorenthalten. Durch die von Ihnen

zu verantwortende Politik haben Sie für eine dramatische Steigerung der Kassenkredite gesorgt. Darüber, ob sie um 38,6 % oder um 38,8 % gestiegen sind, mag ich mit Ihnen gar nicht streiten, Herr Engels.

In Zeiten niedriger Zinsen hatten Sie gleichzeitig nicht den Mumm, den Kommunen, die keine Chance haben, diese Schulden im Moment abzutragen, eine Umschuldung von kurzfristig laufenden Kassenkrediten in langfristige Kredite zu günstigen Zinsen zu gestatten. Als Folge werden die Kassenkredite bei dramatisch steigenden Zinsen jetzt absehbar dramatisch steigen.

All das ist Ergebnis Ihrer Politik. Zu diesem Ergebnis gehört auch, dass Sie sich bis heute darum drücken, den eigentlich seit November letzten Jahres fälligen Bericht zur kommunalen Finanzlage vorzulegen. Sie sagten, Sie legen ihn im Mai vor. Sie haben ihn bis heute nicht vorgelegt. Sie drücken sich aus einem für Sie guten Grund davor. Es ist ein Zeichen einer kommunalfeindlichen Politik. Sie hinterlassen ein großes Vakuum.

Herr Lux, ich kann verstehen, dass Sie darüber beunruhigt sind, dass andere dieses Vakuum mit einer ordentlichen, kommunalfreundlichen Politik auffüllen wollen. Wir lassen uns von Ihnen aber nicht davon abhalten. – Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Jetzt hat der fraktionslose Abgeordnete Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel^{*)} (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Was man im Landeshaushaltsentwurf für das Jahr 2009 insgesamt feststellen kann, kann man natürlich auch im Gemeindefinanzierungsgesetz feststellen. Die Politik des Tricksens, Täuschens und Tarnens wird auch hier wieder realisiert.

Zu Recht ist vorhin auf die Verschuldung der Kommunen in NRW in Höhe von 13 Milliarden € hingewiesen worden. Im letzten Jahr hat der Städte- und Gemeindebund bei der Anhörung sehr deutlich beklagt, dass den Kommunen 900 Millionen € vorenthalten werden. Dieses Jahr ist es über 1 Milliarde €. Das ist Ihre reale Politik für die Kommunen.

Wir gehen jetzt langsam in die Auseinandersetzungen um die Kommunalwahlen. Die Sünden der Vergangenheit werden an die Oberfläche kommen. Sie werden Ihnen jetzt schon interessanterweise von Ihren eigenen, schwarzen Leuten in

den Städten und Gemeinden vorgehalten. Die drei zu Recht vor dem Verwaltungsgericht in Münster anhängigen Klagen machen sehr deutlich, wie groß die Unzufriedenheit mit der Landespolitik ist.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Insgesamt müssen wir feststellen, dass 129 Kommunen in Nordrhein-Westfalen weiterhin mit Nothaushalten ausgestattet sind. Das mussten Sie heute Morgen selbst zugestehen. Diese Kommunen können gerade noch das Notwendigste machen und sind höchst verschuldet. Teilweise gibt es sogar Sparkommissare. Das ist zum Beispiel in Waltrop der Fall. In der nördlichen Ruhrgebietszone gibt es besondere Probleme. All diese Dinge werden von Ihnen verantwortet.

Hinzu kommt das Sparkassengesetz, welches uns in den nächsten Monaten noch beschäftigen wird. Es ist ebenfalls gegen die Kommunen gerichtet. Gemeinnützige Einrichtungen werden eine Menge Geld verlieren, wenn die Privatisierung tatsächlich in der Form kommen wird, wie Sie sie vorhaben. Derzeit werden mehr als 150 Millionen € ausgeschüttet. Das ist das, was Sie konkret machen. Ich kann nur sagen: Das geschieht nicht mit der Linken. Wir werden gegen Ihre Haushaltspolitik stimmen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Sagel. – Wenn ich es richtig sehe, liegt von der Landesregierung keine Wortmeldung vor. Dann ist Herr Kollege Körfges an der Reihe. Bitte schön.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch bei der Einbringung durch den Innenminister war eine gewisse Sprachlosigkeit zu erkennen. Von daher liegt die Tatsache, dass sich Herr Dr. Wolf nicht mehr zu Wort gemeldet hat, durchaus in der Tendenz des heutigen Tages.

Herr Dr. Wolf, nach Ihren einleitenden Worten und insbesondere nach der Pressemitteilung könnte man aber glauben, diese Landesregierung hätte ein Füllhorn von Wohltaten über die kommunale Familie ausgeschüttet.

(Horst Becker [GRÜNE]: Die versteht das nur nicht!)

Die bedankt sich aber nicht bei Ihnen. Der Jubel will keinen Anfang nehmen. Im Gegenteil: Die kommunalen Spitzenverbände sind unisono mit der Opposition einer Meinung. Sie ziehen die Städte und Gemeinden in unserem Lande seit Ihrem Regierungsantritt über den Tisch, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dies geschieht unstreitig auch mit Taschenspielertricks.

Wir freuen uns alle darüber, dass die öffentlichen Einnahmen gestiegen sind. Die 7,7 Milliarden €, die Sie in Ihrer Pressemitteilung in den Mittelpunkt der Erwägungen stellen, sind wirklich eine stattliche Summe. Aber um glaubwürdig und ehrlich zu bleiben, meine Damen und Herren, muss man die Relation zu den Steuereinnahmen des Landes sehen. Dann merkt man, dass Sie auch an dieser Stelle im Prinzip bei den Kommunen abgekocht haben.

(Zuruf von der CDU)

Im Augenblick sind es – ich will mich nicht um 100.000 € nach oben oder unten streiten – mindestens 1,7 Milliarden € aus den letzten Jahren, die Sie den Kommunen vorenthalten haben. Vergleicht man den Zuwachs der Steuereinnahmen des Landes mit der Steigerung der Finanzmasse für die Schlüsselzuweisungen, wird klar, wie Sie tatsächlich mit dem Thema Kommunalfinzen umgehen: Die Steuereinnahmen des Landes sind um 3,9 % gestiegen, die Schlüsselmasse lediglich um 2,1 %. Erklärung gefällig? Man kann es zum Beispiel mit der Herausnahme der Grunderwerbsteuer und ähnlicher Anschläge erklären, die Sie in diesem Bereich gemacht haben. Darüber hinaus haben Sie den Kommunen auch tüchtig in die Tasche gegriffen; darauf ist verschiedentlich eingegangen worden.

Wenn der verehrte Kollege Lux sagt, wir geben euch eure Städte zurück, ist das zum einen inhaltlich falsch, weil wir die kommunale Selbstverwaltung haben. Zum anderen wären die Kommunen besser bedient, Herr Lux, wenn Sie ihnen ihr Geld zurückgeben würden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zudem höre ich voller Erstaunen, dass die 23 % Ihrer Aussage nach nicht die Zehn Gebote bzw. kein Verfassungsgrundsatz seien. Was soll der geneigte Hörer sich nach dieser Ankündigung denken, Herr Lux? Zuerst gehen Sie an die Schlüsselmasse, und dann stellen Sie die Prozente für die Zukunft zur Disposition. Das kann doch alles nicht wahr sein.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Wenn Kollege Engel von der FDP-Fraktion die Verlangsamung des Anstiegs der Kassenkredite angesichts der allgemeinen Konjunkturlage zu einem Markenzeichen für kommunalfreundliche Landespolitik macht, zeigt das eindeutig:

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Sie sind in der falschen Veranstaltung, insbesondere als kommunalpolitischer Sprecher.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Besonders bezeichnend – allerdings würde ich dazu ein internes Gespräch vorschlagen – finde ich den Hinweis auf die zahlreichen Kommunen, die sich nicht mehr in der Haushaltssicherung befinden. Das ist richtig. Wenn der Hintergrund eine strukturelle Verbesserung wäre, könnte man sich darüber tatsächlich freuen. Herr Kollege Engel, an diesem Punkt bin ich ganz nah bei Ihnen: Das ist im Zusammenhang mit dem Umstieg auf NKF zu sehen.

Wenn der Innenminister als Antwort auf die strukturelle Notlage von Kommunen zusätzliche Sparbarkeit – darüber kann man immer diskutieren – und die Veräußerung von kommunalem Eigentum empfiehlt, zeigt das zwei Dinge:

Erstens. Die Kommunen stehen nicht im Mittelpunkt Ihrer Erwägungen.

Zweitens. Sie haben die Systematik nicht verstanden. Denn wenn Sie das Eigentum aus der Bilanz herausrechnen, haben Sie im Prinzip nichts verbessert. Gehen Sie daher in sich und überprüfen Sie einmal, ob es eine Jubelmeldung wert ist, dass die NKF-Systematik dazu führt, dass sich einige Kommunen nicht mehr im Nothaushaltsrecht befinden!

Nun möchte ich zum Lenk-Gutachten und zu weiteren Leistungen dieser Landesregierung kommen. Was Sie mit der Rückzahlung der überzahlten Solidarbeiträge der Kommunen aufführen, übertrifft eine Echternacher Springprozession bei Weitem.

Erster Akt: Es gibt eine schallende Ohrfeige des Verfassungsgerichtshofs. Zweiter Akt: Sie machen sich das Ergebnis insoweit zu eigen, dass Sie ein nicht gut gemachtes, aber immerhin von einer guten Absicht getragenes Abschlagsgesetz auf den Weg bringen. Im Detail haben wir sicherlich das eine oder andere dagegen gesagt. Dritter Akt: Sie berufen sich auf das Lenk-Gutachten, obwohl es Fehler wiederholt, die das Verfassungsgericht des Landes Nordrhein-Westfalen schon erkannt und ausgeräumt hatte, und sagen den Kommunen: Nicht ihr habt von uns etwas zurückzubekommen – im Gegenteil, es ist in die andere Richtung überzahlt worden.

Wer so mit Kommunen umgeht, darf sich erstens nicht der Kommunalfreundlichkeit rühmen und

muss zweitens sein grundsätzliches Verhältnis zum Thema überprüfen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es gibt noch eine weitere Feststellung. Das ist eine interessante Spur, Herr Kollege Lux, in Bezug auf die Frage, wie es mit den Kommunalfinzen weitergeht; Kollege Becker hat darauf hingewiesen. Im Begründungsteil ziehen Sie ganz deutlich die Karte Lenk-Systematik nach dem Motto: Liebe Kommunen, viel Vergnügen. Wir zeigen euch schon einmal, was in den kommenden Jahren auf euch zukommt.

Meine Damen und Herren, die Kommunen haben im wahrsten Sinne des Wortes bei dieser Landesregierung eine Menge zu klagen. Der Verfassungsgerichtshof empfindet Ihre Form der Landesregierung zwischenzeitlich als zwangsweise aufgedrängtes Beschäftigungsprogramm. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Wenn Sie über Kommunalfreundlichkeit reden und Ihnen die Kommunen beim Verfassungsgerichtshof zum wiederholten Male nachweisen, dass Sie sie zum Beispiel in Fragen der Konnexität übervorteilen, kann doch an Ihrer übertriebenen Selbstbelobigung irgendetwas nicht richtig sein. Und all das geschieht vor dem Hintergrund sprudelnder Steuereinnahmen.

Ich kann nur im Interesse der Kommunen hoffen, dass der Weltuntergangsprophet, der im Augenblick den Ministerpräsidenten gibt, mit seinen Prognosen zur Konjunktur nicht richtig liegt. Denn die Wahrheit wird bei sinkenden Steuereinnahmen sehr deutlich werden: Sie haben die Kommunen in unserem Land über den Tisch gezogen. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. – Für die Landesregierung spricht Herr Innenminister Dr. Wolf.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Vielen Dank, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist doch immer gut, wenn man den geballten Sachverstand der SPD-Fraktion erst zur Kenntnis nehmen kann, um darauf zu replizieren. Ich möchte dieser Crew der Verunsicherung und Vertuschung gerne noch einmal die eigenen Leistungen vor Augen halten, die dazu geführt haben, dass wir in diese Misere geraten sind.

Es ist nicht nur so, wie heute Morgen dargestellt worden ist, dass Sie den Landshaushalt vor die Wand gefahren haben. In Ihrer Zeit haben sich all

die Probleme aufgehäuft. Ich hatte in einer früheren Debatte schon einmal dargestellt, wie sich auch die Verschuldung in den Kommunen aufgebaut hat. Es ist doch völlig klar, dass wir solche Dinge nicht in wenigen Jahren abbauen können. Im Gegenteil ist hier eine langfristige Konsolidierung angesagt.

Die Landesregierung hat ihrerseits alles getan. Kollege Lux hat es genauso wie Herr Engel sehr deutlich gesagt: Wir stehen zu den 23 % in dieser Legislaturperiode. Das ist völlig klar von uns definiert worden. Wir sind für diese Legislaturperiode gewählt worden; deswegen sagen wir das auch gerne zu. Alles andere, was Sie gesagt haben, ist von daher völlig nebulös. Es ist ein selbst angeführter Zahlensalat, in dem Sie sich immer wieder selber verfangen.

Meine Damen und Herren, einige Punkte möchte ich noch einmal aufgreifen: Wir haben sehr deutlich festzustellen, dass es eine drastische Steigerung der Einnahmen der Kommunen gibt. Genau so wie das Land von den Mehreinnahmen profitiert, tun dies auch die Kommunen. Mit Blick auf den 23-%-Anteil ist es völlig klar, dass wir eine faire Beteiligung nach dem, was die Verfassung Nordrhein-Westfalens gebietet, auch vorgenommen haben – immer in der Abwägung von Landes- und Kommunalfinanzen.

Wir haben heute Morgen hier diskutiert, welche Erblast Sie uns hinterlassen haben und was wir auf Landesseite an Konsolidierung tun müssen. Genau das Gleiche muss man natürlich auch auf der anderen Seite bei den Kommunen einfordern.

Es ist also ein schwieriger Abwägungsprozess. Die sprudelnden Einnahmen, die Sie hier immer beschwören, sind doch letztendlich auch bei uns zu 90 % zur Herabsetzung der Nettokreditaufnahme eingesetzt worden. Damit ist nicht irgendwo draußen groß Geld ausgegeben worden,

(Britta Altenkamp [SPD]: Wer bestätigt Ihnen das denn? Der Finanzminister?)

sondern wir haben letztendlich das Geld nicht ausgegeben, das wir, wenn wir Ihre Politik verfolgt hätten, weiterhin aus Krediten hätten geben müssen. Wir haben uns davon abgewandt. Wir haben einen neuen Weg der Konsolidierung eingeschlagen, der nun Früchte zeigt.

Wenn Sie meine Rede heute Morgen richtig gehört haben, habe ich sehr wohl auch kritische Untertöne angeschlagen. Zum Rückgang der HSK- und Nothaushaltskommunen habe ich sehr wohl gesagt, dass es das eine oder andere Mal durchaus am NKF liegen kann, dass es aber natürlich

auch Kommunen gibt, die den Kopf ein Stück oberhalb der Wasserlinie bekommen haben, was uns sehr erfreut. Natürlich wollen wir das konsolidieren. Alle gemeinsam müssen wir daran arbeiten, dass wir eine Wirtschaftspolitik haben, die auch nachhaltig Wachstum befördert. Dann sind alle, Land und Kommunen, daran beteiligt.

Eine besondere Qualität der Filibusterei haben Sie natürlich wieder beim Thema Lenkgutachten an den Tag gelegt. Meine Damen und Herren, ich empfehle insbesondere dem ausgebildeten Juristen in der SPD-Fraktion, sich den Urteilstenor einmal genau anzuschauen und durchzulesen. Herr Körfges, dort steht ganz klar, dass sozusagen eine Ermittlung vonnöten ist. Diese Ermittlung von Einheitslasten – das müssen Sie sich nun anhören; ich habe Ihnen ja auch sehr ruhig zugehört – hat Herr Professor Lenk vorgenommen, der von den kommunalen Spitzenverbänden vorgeschlagen wurde. Inklusive der Fragen, die zwischen Land und Kommunen abgesprochen waren, ist das ein Gutachten, das ein hohes Maß an Neutralität hat. Dieses ist nun zu diskutieren.

Wenn dann der eine oder andere Abgeordnete meint, wir wollten da nicht schneller ran, kann ich nur entgegnen: Wir sind im Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden, die gebeten haben, dieses Gutachten intensiv zu prüfen. Wir haben allen Grund – in der bekannten Fairness, die wir an den Tag legen –, ihnen diese Zeit auch zu geben. Ich sagte vorhin schon: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. Das sind alles hochkomplexe, hochkomplizierte Fragestellungen – bis hin zu dem, was wir aus dem ifo-Gutachten machen – beim Thema GFG der nächsten Jahre, vielleicht sogar des nächsten Jahrzehnts.

Meine Damen und Herren, tun Sie bitte nicht so, als ob Sie eine Lösung hätten, wie wir das kurzerhand lösen könnten. Ansonsten nehmen wir gerne Ihren Vorschlag entgegen und können ihn dann debattieren. Sich nur hierhin zu stellen und zu sagen, Sie wüssten alles besser, und uns der Verzögerung zu zeihen, das taugt nicht.

Wir gehen im Schulterschluss mit den kommunalen Spitzenverbänden diese Probleme an und müssen versuchen, die schwierigen Fragen gemeinsam in der nächsten Zeit zu lösen. Wir stehen an dieser Stelle nicht an, ganz klar zu sagen: Nur diese Regierung hat erstmals den Begriff Kommunalfreundlichkeit verdient. Über das, was Sie damals alles angerichtet haben, kann man nur den Mantel des Schweigens decken. Wir gehen mit einem Höchstbetrag an GFG-Zuweisungen – mit einer Milliarde € mehr als 2005 – an den Start. Dass daneben auch noch die Gewerbesteuererein-

nahmen gestiegen sind, ist ein weiteres positives Signal an die Kommunen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP – Lutz Lienenkämpfer [CDU]: So ist das!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich noch einmal Herr Kollege Becker zu Wort gemeldet.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer spannend und ich hätte mich nicht gemeldet, Herr Innenminister, wenn Sie nicht darauf abgehoben hätten, dass Sie das Land – wie Sie es immer darstellen – sanieren müssten. Sie führen an, dass das, was Sie den Kommunen vorenthalten – Sie enthalten ihnen gegenüber dem, was ihnen früher zugestanden hat, von den Steuermehreinnahmen eine Menge vor –, nötig gewesen sei, um den Landeshaushalt zu konsolidieren.

Nun mag man ja darüber streiten, ob das nötig und der richtige Weg ist. Das ist eine Sache, die das Parlament diskutieren kann. Was man nach meiner Ansicht nicht machen kann – und das sollten wir Ihnen auch nicht durchgehen lassen –, ist, wissend, wie die Situation im Land ist, vor den Wahlen 2005 zu versprechen, den Kommunen ginge es besser, wenn Sie an die Regierung kommen, und nach den Wahlen so zu tun, als seien Sie von der gesamtwirtschaftlichen und der gesamtfinanziellen Lage des Landes überrascht.

Vor dem Hintergrund rasant steigender Steuereinnahmen geben Sie den Kommunen nicht das, was ihnen zusteht, und tragen dazu bei – ich betone das an dieser Stelle –, dass die Kassenkredite explodieren. Innerhalb von drei Jahren haben sich die Kassenkredite von 10 Milliarden € auf 13,6 oder 13,8 Milliarden – darüber will ich gar nicht mehr streiten – erhöht. Das ist es eine dramatische Steigerung von mehr als einem Drittel. Und es sind Kredite auf der kommunalen Seite, die hoch zinsanfällig sind. Sie bauen im Land die Neuverschuldung zulasten der Kommunen ab, die dann sehr teure Kassenkredite aufnehmen müssen, weil sie keine andere Möglichkeit mehr haben.

Das ist gesamtwirtschaftlich, volkswirtschaftlich und gesamtstaatlich ein hoch gefährlicher und ein absolut zu verurteilender Kurs. Denn in letzter Konsequenz werden die Bürgerinnen und Bürger zwischen den Kosten, die auf sie zukommen, weil es Kassenkredite bei den Kommunen sind, oder Kreditkosten beim Land überhaupt nicht unterscheiden können und wollen. Sie werden die Kosten zu tragen haben. Die Kosten für Kassenkredi-

te sind die höchsten, die teuersten und sind vor dem Hintergrund der Gefahr der steigenden Zinsen – sie sind ja in den letzten drei Monaten schon erheblich gestiegen – die mit Abstand gefährlichsten.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Löttgen?

Horst Becker (GRÜNE): Aber immer.

Bodo Löttgen (CDU): Vielen Dank, Herr Kollege Becker. Sie beklagen jetzt bereits mehrfach, dass der Anstieg von 10 auf 13 Milliarden € – also um gut ein Drittel – unter unserer Verantwortung dramatisch sei. Würden Sie den Kolleginnen und Kollegen kurz erläutern, wie der Anstieg der Kommunalkredite im Zeitraum 2001 bis 2005, das heißt in vier Jahren Ihrer Verantwortung, war?

Horst Becker (GRÜNE): Ja, das kann ich gerne machen. Mal abgesehen davon, dass auch die Kommunen, die von Ihrer Partei regiert werden, immer wieder gesagt haben, dass da genauso gearbeitet worden ist, nämlich kreditiert worden ist, während das jetzt bestritten wird, kann ich Ihnen sagen, dass damals die Steuereinnahmen ganz andere waren.

Sie wissen, die Steuereinnahmen in den Kommunen waren ganz andere, und die Steuereinnahmen im Land waren ganz andere. Vor diesem Hintergrund mache ich ja die Ausführungen. Das müssten Sie doch ehrlich einräumen. Sie rühmen sich doch alle nasenlang der hohen Steuereinnahmen, obwohl Sie gar nichts dafür können. Für die können nämlich ganz andere etwas. Ich sage es Ihnen gerne noch einmal, damit Ihre Heiterkeit steigt: Die jetzigen Steuereinnahmen bundesweit haben wesentlich etwas mit den Reformen zu tun, die die rot-grüne Bundesregierung bis 2005 über die Bühne bringen musste und für die Sie hier und an anderen Stellen die Opposition gespielt haben. Das ist der Punkt.

Sie haben diese Steuereinnahmen nicht genutzt, um den Kommunen etwas davon zu geben, sondern in dieser kurzen Zeit ist der Kassenkreditstand tatsächlich um fast 40 % gestiegen. Ich finde, das ist für zweieinhalb Jahre eine Rekordleistung. Darauf können Sie sich schon etwas einbilden.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Herr Innenminister, ich würde auch gerne zum ifo-Gutachten und zum Lenk-Gutachten etwas sagen.

An all diesen Stellen haben Sie Ihre eigenen Versprechungen nicht eingehalten. Wenn man sich ansieht, wie Sie damit umgegangen sind: Das ifo-Gutachten war uns mehrfach versprochen und ist mehrfach verzögert worden, und es ist eben kein Zufall, dass es jetzt erst gekommen ist. Es ist auch kein Zufall, dass Sie die Beratungen hinter die Kommunalwahl 2009 ziehen.

Herr Kollege Löttgen, ich will Ihnen an der Stelle auch ganz deutlich sagen: Es ist ebenfalls kein Zufall, dass Sie alle jetzt im ländlichen Raum immer noch so tun, als ob Sie für den ländlichen Raum eine Verbesserung schaffen würden. Im nächsten Jahr werden Sie ja irgendwann das ganze Elend zeigen müssen, das Sie verursachen. Deswegen machen Sie das erst nach der Kommunalwahl und nicht vor der Kommunalwahl. Das ist völlig klar, das ist Ihre Strategie, und deswegen legen wir auch den Finger in die Wunde.

Zum NKF, Herr Innenminister, haben Sie eben gesagt: Es mag auch am NKF liegen, dass einige Kommunen aus den Nothaushalten herausgekommen sind. Herr Innenminister, ich habe Sie in den entsprechenden Sitzungen zweimal danach gefragt, auch Anfragen dazu gestellt, und ich sage Ihnen noch einmal ganz deutlich: Ausweislich Ihrer eigenen Auskünfte muss man den Eindruck haben, es sind nur NKF-Kommunen, die aus den Nothaushalten herausgekommen sind.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

Es dreht sich ausdrücklich um Kommunen, die in das Neue Kommunale Finanzmanagement eingestiegen sind, vorübergehend die Ausgleichsrücklage geltend machen können und innerhalb kürzester Zeit die Ausgleichsrücklage aufgebraucht haben werden.

Noch ein letzter Satz, um Ihre Aufmerksamkeit noch ein wenig zu erheischen: Bis heute haben Sie noch nicht einmal ein Konzept für die Kommunen vorgelegt, die nach NKF eine negative Eröffnungsbilanz vorlegen müssen. Auch davor drücken Sie sich, davor drückt sich diese Landesregierung mit diesem Innenminister, mit diesem vermeintlichen Kommunalminister bis heute, weil Sie kein Konzept für diese Problematik haben.

Deswegen sind Sie alles andere als eine Kommunalpartei, Sie sind eine kommunalfeindliche Regierung und eine kommunalfeindliche Regierungsfraktion. – Schönen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Der Herr Minister hat sich noch

einmal gemeldet. Bitte schön, Herr Minister Dr. Wolf, Sie haben noch einmal das Wort.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte um Nachsicht, dass ich noch einmal zur Aufklärung beitragen muss, weil Herr Becker auch im dritten oder vierten Versuch nicht einsehen wird, wo das Fehlverhalten liegt. Ich danke Herrn Kollegen Löttgen sehr für seine Nachfrage, die Herrn Becker ja erkennbar ins Schleudern gebracht hat; man hat es gemerkt.

Nur für Sie zum Nachhalten, Herr Becker: Im Jahre 2000 – da waren die Grünen unstreitig in der Regierung, leider, aber es war so – betrogen die Kassenkredite 2,465 Milliarden €, und im Jahre 2005, als Sie abgewählt wurden, 10,67 Milliarden. Das nur einmal so, damit wir keine Geschichtsklitterung betreiben.

Das macht sehr deutlich, was die frühere Landesregierung für Kommunen getan hat. Wir haben festzustellen, dass im Jahre 2007 der Finanzierungssaldo, über alle Kommunen gesehen, erstmals positiv war. Ich habe das beschrieben: Die Lage ist nicht rosig; aber es gibt einen Lichtstreif am Horizont. Wir versuchen, den Kommunen im Rahmen des Möglichen und des verfassungsmäßig Gebotenen zu helfen. Ich habe sehr deutlich gesagt, dass NKF dazu beigetragen haben kann, aber natürlich können auch die besseren Einnahmen dazu beigetragen haben, sodass die positive Entwicklung in den Kommunen, die sich ins NKF bewegt haben, natürlich auch eine Rolle gespielt hat. So, wie es häufig ist, gibt es manchmal mehrere Ursachen.

Zum Lenk-Gutachten werden Sie nicht einsichtig werden, Herr Becker. Fragen Sie die kommunalen Spitzenverbände! Wir haben feste Verabredungen mit denen, dass die ihre Prüfung vornehmen können. Sie selber sind offensichtlich nicht in der Lage, ein Urteil über dieses Gutachten abzugeben. Da werden nur nebulöse Äußerungen getan. Wir wissen, dass es eine schwierige Materie ist und dass die Kommunen, bevor sie in weitere Gespräche mit uns eintreten, ihrerseits fachlichen Rat suchen. Das halte ich nur für fair und anständig. Wir gehen jedenfalls auf diesem konsensualen Wege mit den kommunalen Spitzenverbänden weiter. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Wolf. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit sind wir am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über das **Haushaltsgesetz 2009 Drucksache 14/7000** und die **Finanzplanung** des Landes Nordrhein-Westfalen **Drucksache 14/7001**. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** der vorgenannten Haushaltsvorlagen an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie die **zuständigen Fachausschüsse** mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses „Personal“ erfolgt. Wer ist für diese Überweisungsempfehlung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung einstimmig beschlossen.

Wir kommen zum Zweiten zur Abstimmung über den **Gesetzentwurf** zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2009 **Drucksache 14/7002**. Auch hier empfiehlt der Ältestenrat die **Überweisung** des Gemeindefinanzierungsgesetzes an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform**. Wer ist für diese Überweisung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist auch diese Überweisung einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf:

3 Fragestunde

Drucksache 14/7360

Mit der Drucksache liegen Ihnen die Mündliche Anfrage 220 aus der letzten Fragestunde sowie die Mündlichen Anfragen 223 bis 234 vor.

Ich rufe die

Mündliche Anfrage 220

der Frau Kollegin Dr. Boos von der Fraktion der SPD aus der letzten Fragestunde auf:

Stipendien aus Studiengebühren

Vor nicht allzu langer Zeit – vor der Einführung der Studiengebühren – wurde vonseiten der Befürworter der Studiengebühren immer wieder angekündigt, dass zur sozialen Abfederung massiv Stipendienprogramme eingeführt werden sollten.

Das Problem war nur, dass diese immer jemand anderes finanzieren sollte. Die Politik forderte die Unternehmen auf, die Unternehmen forderten das Land auf, der Landesminis-

ter forderte den Bund auf, der Bund die Unternehmen usw. Am Ende wurden bisher in NRW nur Stipendienprogramme eingeführt, die sich aus der Geldquelle speisen, die sich von Anfang an nicht dagegen wehren konnte: den Studierenden. Sie finanzieren an mehreren Standorten über ihre Studiengebühren Stiftungen, welche Stipendien vergeben.

Die Studierenden dieser Hochschulen sehen in diesen Stiftungen nur ein weiteres Beispiel dafür, dass die sowieso ungewollten Studiengebühren alles andere als zeitnah in der Lehre eingesetzt werden. Zudem sind die Konstruktion der jeweiligen Stiftungen und die Stipendienvergabe für die beteiligten Studierenden oftmals intransparent, sodass vor Ort davon ausgegangen wird, dass von den Stipendien eben nicht einkommensschwächere Studierende profitieren.

Sind der Landesregierung Daten über die soziale Zusammensetzung dieser Stipendiaten bekannt?

Ich bitte Herrn Minister Dr. Pinkwart um Beantwortung. Herr Minister, bitte schön.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Sehr geehrter Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrte Frau Dr. Boos, ich könnte die in der Mündlichen Anfrage gestellte konkrete Frage zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit einem Nein beantworten.

Ich möchte dies gleichwohl nicht tun. Der ganze Duktus der Mündlichen Anfrage zeigt nämlich das große Misstrauen, welches anscheinend gegen Stipendienmodelle bei Ihnen gehegt wird, die eine auch privat finanzierte Komponente aufweisen. Darüber hinaus wird anscheinend versucht, die soziale Komponente und den Leistungsgedanken gegeneinander ausspielen zu wollen. Beides, das primär ideologisch motivierte Misstrauen gegen eine private Kofinanzierung von Stipendien und die Abwertung des Leistungsgedankens, führt meines Erachtens in die Irre.

Ich habe kürzlich den Anstoß für die Schaffung eines nationalen Stipendiensystems gegeben. Hierüber wird derzeit zwischen Bund und Ländern diskutiert. Ein solches nationales Stipendiensystem soll sich an besonders begabte Studierende richten und je zur Hälfte aus öffentlichen und privaten Mitteln gespeist werden. Die Hochschulen sollen Stipendienmittel aus der Wirtschaft und von Privaten einwerben können, die durch staatliche Mittel im Verhältnis 1:1 aufgestockt werden.